

Glänzende Zahlen für Liechtenstein: Tiefe Staatsquote, hohes Vermögen

Bilanz Liechtenstein hat die tiefste Staatsquote in ganz Europa, würde die Maastrichter Budget-Kriterien ohne Probleme erfüllen und verfügt über ein Reinvermögen von knapp 6,4 Milliarden Franken. Das zeigt die erstmals veröffentlichte Finanzstatistik.

VON MICHAEL BENVENUTI

Wie viele Millionen haben Land, Gemeinden und Sozialwerke tatsächlich auf der hohen Kante? Wie viel Geld gibt die öffentliche Hand für Bildung, Kultur, Sport, Verwaltung, Gesundheit und Umweltschutz aus? Seit gestern müssen Antworten auf diese Fragen nicht mehr mühsam aus dem Statistischen Jahrbuch und der Steuerstatistik recherchiert werden, sondern liegen erstmals in gebündelter Form vor: Die vom Amt für Statistik publizierte erste Ausgabe der Finanzstatistik bietet eine nach internationalen Standards erstellte Gesamtsicht zu den öffentlichen Finanzen von Land, Gemeinden und Sozialversicherungen und erlaubt damit, die Finanzlage Liechtensteins mit anderen Ländern zu vergleichen.

Musterschüler in Europa

Dieser Vergleich fällt durchwegs positiv aus: So betrug die Staatsquote von Liechtenstein im Jahr 2013 nur 24,2 Prozent und war damit die tiefste in ganz Europa. Die zweitniedrigste Staatsquote hatte die Schweiz mit 31,5 Prozent, in Österreich lag sie bei 50,9 Prozent. Die Staatsquote entspricht den Ausgaben des Sektors Staat in Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und wird als Indikator für das Ausmass der staatlichen Aktivität in einer Volkswirtschaft betrachtet. «Eine tiefe Staatsquote gilt dabei aus Sicht der Standortattraktivität als positiv», erklärte Wilfried Oehry, Leiter des Amtes für Statistik, am Mittwoch. Eine optimale Höhe der Staatsquote lasse sich aber nicht beziffern. Für Regierungschef Adrian Hasler ist die tiefe Staatsquote hingegen ein Beweis dafür, dass der Staat sehr effizient und verant-



90 Seiten geballte Information: Mario Schädler (Amt für Statistik, links), Regierungschef Adrian Hasler und Wilfried Oehry, Leiter des Amtes für Statistik, stellen am Mittwoch die erste Ausgabe der Finanzstatistik vor. (Foto: Michael Zanghellini)

wortungsvoll geführt werde: Die Behauptung, Liechtenstein habe einen ausufernden Staatsapparat, entbehre also jeder Grundlage. Das Defizit Liechtensteins belief sich im Jahr 2013 auf 60 Millionen Franken. Dies entspricht 1,1 Prozent des BIP und lag damit deutlich unter den für die Euroländer geltenden Maastricht-Kriterien, wonach das jährliche Minus nicht mehr als 3 Prozent des BIP betragen soll. Die Schweiz hatte 2013 ein Defizit von 0,1 Prozent des BIP zu verzeichnen, jenes in Österreich lag bei 1,5 Prozent. Die nicht konsolidierten Staatsausgaben reduzierten sich im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 15,1 Pro-

zent oder 284,8 Mio. Franken und lagen mit 1599 Millionen Franken leicht unter dem Wert des Jahres 2011 von 1603 Millionen Franken. Der Anstieg der Staatsausgaben im 2012 auf 1,9 Milliarden Franken geht grösstenteils auf die Sanierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal auf der Landes- und Gemeindeebene zurück.

172 000 Franken pro Einwohner

Ein Rückgang war aber auch bei den konsolidierten Staatseinnahmen zu verzeichnen: Diese sanken 2013 um 220 Millionen Franken (-12,5 Prozent) auf rund 1,5 Milliarden Franken. Dieser Rückgang ist gemäss Re-

gierung zu einem grossen Teil auf eine Sonderregelung für die Couponsteuer zurückzuführen, die Ende 2012 auslief.

Land, Gemeinden und Sozialversicherungen hatten Ende 2013 ein Reinvermögen von 6,388 Milliarden Franken angehäuft: Das sind über 172 000 Franken pro Einwohner - vom Säugling bis zum Pensionisten. In Österreich hingegen hat jeder einzelne Bürger rund 33 000 Franken Schulden. Über das grösste Polster verfügt die AHV mit knapp 2,9 Milliarden Franken. Insgesamt erhöhte sich das Reinvermögen des Staatssektors von 2011 bis 2013 um 199 Millionen Franken.

Regierungschef: «Müssen Signale richtig deuten»

Vorsicht Die Finanzstatistik 2013 zeichnet zwar ein positives Bild der aktuellen Situation von Land, Gemeinden und öffentlichen Sozialversicherungen. Diese Zahlen müssten aber richtig gelesen und interpretiert werden, betont Regierungschef Adrian Hasler.

VON MICHAEL BENVENUTI

Insgesamt hatten Land, Gemeinden und die öffentlichen Sozialversicherungen Ende Dezember 2013 knapp 6,4 Milliarden Franken Reinvermögen angehäuft. Weshalb also hält die Regierung die Zügel bei den Staatsausgaben noch immer fest in der Hand? Wieso wird die Verwaltung weiter auf Effizienz getrimmt, warum treibt der Gesellschaftsminister die Reformen von AHV und KVG unvermindert voran? Die Finanzstatistik zeigt tatsächlich ein positives Bild, erklärte Regierungschef Adrian Hasler am Mittwoch im Rahmen einer Pressekonferenz. Diese Zahlen müssten aber auch richtig gelesen und interpretiert werden. So habe das Land trotz der grossen Fortschritte in den vergangenen Jahren nach wie vor ein

strukturelles Defizit. Handlungsbedarf bestehe aber auch bei der AHV, betonte Hasler. Diese hat zwar aktuell ein Vermögen von mehr als elf Jahresausgaben, ohne entsprechende Massnahmen werde dieses Gutachten allerdings von den Folgen des demografischen Wandels aufgezehrt. Nicht zuletzt stammen die Zahlen aus dem Jahr 2013. «Wir dürfen uns nicht auf den Status quo berufen und die Hände in den Schoss legen», warnte Regierungschef Hasler deshalb und forderte: «Wir müssen die Signale erkennen und die richtigen Schritte setzen.»

Staatsausgaben sind gesunken

Die nicht konsolidierten Staatsausgaben reduzierten sich im Jahr 2013 um 15,1 Prozent oder 284,8 Millionen Franken auf knapp 1,6 Milliarden Franken. In den Berichtsjahren 2011 bis 2013 entfielen anteilmässig 24 bis 29 Prozent der Ausgaben des Staates auf Sozialleistungen. 2011 betrug die 441 Millionen Franken, 2012 um 452 Millionen Franken, 2013 erreichten die Sozialleistungen bereits den Betrag von 461,6 Millionen Franken. Bemerkenswert ist auch die Position «Arbeitnehmerentgelt» mit 336,4 Millionen Franken und einem Anteil von rund 21 Prozent an den Staatsausgaben im Jahr 2013.

«Wir dürfen uns nicht auf den Status quo berufen und die Hände in den Schoss legen.»

ADRIAN HASLER
REGIERUNGSCHEF

Finanzstatistik

Land, Gemeinden, Sozialversicherungen

Der Sektor Staat umfasst folgende Institutionen

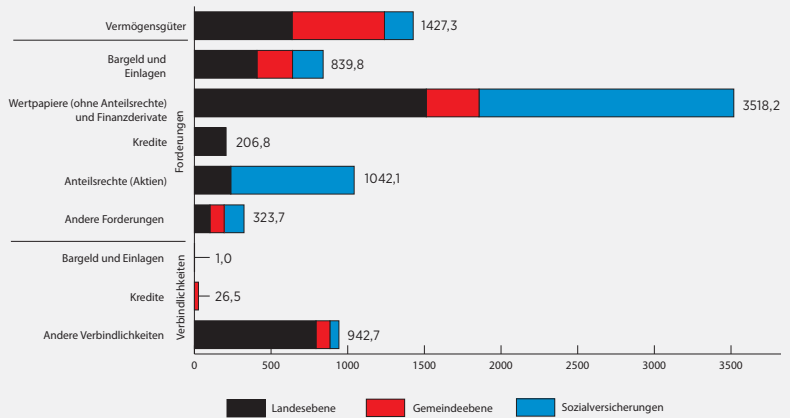
- **Landesebene:** Land Liechtenstein, Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten, Finanzmarktaufsicht, Kulturstiftung, Stiftung Erwachsenenbildung, Stiftung Kunstmuseum,

Stiftung Kunstschule, Landesbibliothek, Landesmuseum, Musikschule, Liechtensteiner Entwicklungsdienst, Universität, LiEmobil, Verein Jugendinformation Liechtenstein.

- **Gemeindeebene:** Die elf Liechtensteiner Gemeinden, die fünf Bürgergenossenschaften Balzers, Triesen, Vaduz, Eschen und Mauern sowie der Abwasserzweckverband Liechtenstein.
- **Sozialversicherungen:** AHV-IV-FAK-Anstalten und die Arbeitslosenversicherungskasse.

Vermögensbilanz Staat Liechtenstein 2013

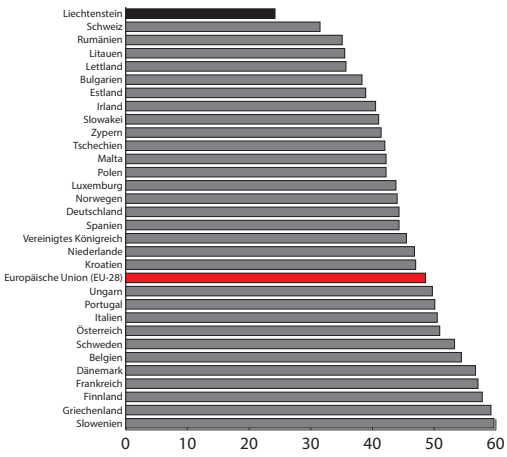
Nach Bilanzposten und Teilsektoren (in Millionen Franken)



Grafiken: «Volksblatt»/Hepberger; Quelle: Finanzstatistik 2011-2013

Staatsquote im europäischen Vergleich

Ausgaben des Staates in Prozent des BIP, 2013



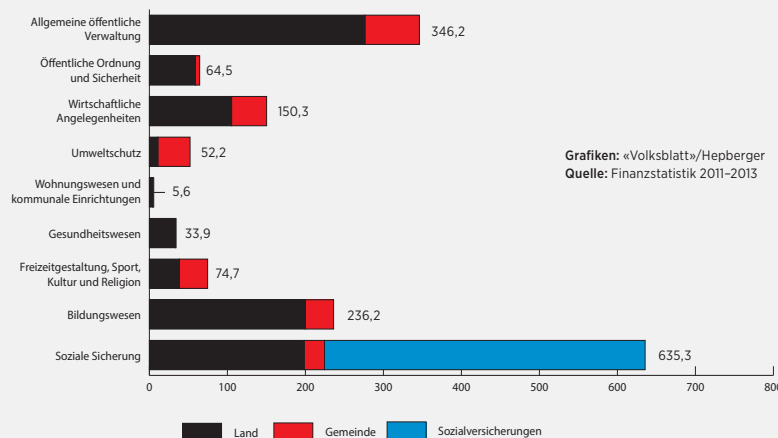
Ländervergleich

Liechtenstein ist die Nummer 1 in Europa

VADUZ Im Jahr 2013 betrug Liechtensteins Staatsquote - die Ausgaben des Staates in Prozent des nominalen Bruttoinlandsproduktes (BIP) - 24,2 Prozent. Im Vergleich mit den Nachbarländern Schweiz und Österreich fällt auf, dass die Schweiz mit 31,5 Prozent die zweitniedrigste Staatsquote aufwies, während in Österreich die Staatsquote mit 50,9 Prozent vergleichsweise hoch war. Eine tiefe Staatsquote gilt zwar aus Sicht der Standortattraktivität als positiv, bei Vertretern der Wirtschaftswissenschaften herrscht allerdings keine Einigkeit darüber, ob eine niedrige Staatsquote auch generell zu höherem Wirtschaftswachstum führt. So führen etwa Kritiker einer niedrigen Staatsquote die skandinavischen Länder an, welche zwar eine Staatsquote von teilweise über 50 Prozent haben, dafür aber auch einen überdurchschnittlich hohen Lebensstandard vorweisen. (mb)

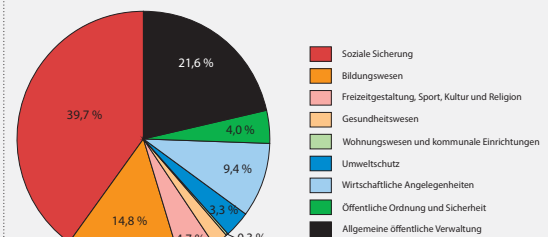
Finanzstatistik des Landes Liechtenstein

Staatsausgaben 2013 nach Funktion und Teilsektoren (in Millionen Franken)



Grafiken: «Volksblatt»/Hepberger
Quelle: Finanzstatistik 2011-2013

Staatsausgaben 2013 nach Funktion und Teilsektoren (in Prozent)



Staatsausgaben 2011 bis 2013 (in Millionen Franken)

Funktion	2011	2012	2013
Allgemeine öffentliche Verwaltung	321,6	608,6	346,2
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	66,2	65,3	64,5
Wirtschaftliche Angelegenheiten	162,8	155,6	150,3
Umweltschutz	55,9	52,8	52,2
Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen	6,1	6,6	5,6
Gesundheitswesen	27,1	32,7	33,9
Freizeitgestaltung, Sport, Kultur und Religion	81,0	83,9	74,7
Bildungswesen	234,8	244,1	236,2
Soziale Sicherung	647,4	634,2	635,5
Total Ausgaben	1602,9	1883,9	1599,2

COFOG-Klassifikation: Die Staatsausgaben werden in der Finanzstatistik in zehn Hauptabteilungen unterteilt. Die Nomenklatur für Staatsausgaben nach Funktionen, die «Classification of the Functions of Government» (COFOG), wurde von der OECD entwickelt und vom Statistischen Dienst der Vereinten Nationen herausgegeben. Die COFOG-Hauptabteilung «02 Verteidigung» ist für die liechtensteinische Finanzstatistik nicht von Relevanz.